

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde!

2018 liegt vor uns - ein Neues Jahr mit neuen Chancen, aber auch neuen Risiken auf allen politischen Ebenen:

- *Das westliche Bündnis hat mit der Politik von Donald Trump Verlässlichkeit verloren, Chinas Rolle in der Welt wird immer stärker.*
- *Europa muss den Brexit verarbeiten. Deutschland und Frankreich müssen eine neue Perspektive für die EU erarbeiten. Die Vorstellungen des französischen Präsidenten sind nicht unbedingt mit den deutschen Interessen identisch.*
- *In Berlin muss eine neue Bundesregierung die gewohnte Stabilität für die nächsten Jahre sichern - natürlich unter Führung der Union und Angela Merkel als Kanzlerin.*
- *In NRW dürfen wir darauf setzen, dass Ministerpräsident Armin Laschet einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen der ländlichen Regionen und der Ballungsräume findet.*

Regionalpolitisch wollen wir 2018 wichtige Projekte voranbringen:

- *Erst im Juli wird die Verwaltung den Entwurf für den ersten Regionalplan Ruhr vorlegen. Viele Jahre haben wir unter Führung von Norbert Lammert dafür gekämpft, dass der Regionalverband (RVR) die Kompetenz erhält, einen Plan aus einer Hand für die ganze Region zu erstellen. Leider hat das vorlaufende, sich über fast acht Jahre erstreckende Verfahren mit dem sogenannten „regionalen Diskurs“ nicht dazu geführt, dass nun ein breiter Konsens erkennbar ist.*

Die Vorgaben des Ende 2016 noch von Rot-Grün in Düsseldorf beschlossenen Landesentwicklungsplans und die bislang bekannten Teile des Verwaltungsentwurfs sind nur schwer mit den wirtschaftlichen Interessen, z. B. beim Bedarf an Siedlungs- und Gewerbeflächen, vereinbar. Wir werden als stärkste Fraktion im RVR darauf drängen, dass bedarfsgerecht ausgewiesen wird. Ob die Städte die sich daraus ergebenden Möglichkeiten nutzen, bleibt natürlich kommunalen Entscheidungen vorbehalten. Wir wollen auf jeden Fall Chancen eröffnen - auch in den Städten im Ballungskern und auch, wenn dies nicht konfliktfrei mit unseren Koalitionspartnern SPD und Grünen erreichbar sein wird. Ganz aktuell hat sogar Ex-Städtebauminister Zöpel (SPD) seine Genossen davor gewarnt, jeden Quadratmeter unbebauten Raumes zu verteidigen. Auch wir wollen Freiraum erhalten - ohne ideologische Scheuklappen. Wir brauchen einen fairen Flächentausch - in beide Richtungen.

- *Die von uns initiierte Standortwerbekampagne ist 2017 angelaufen und wird fortgesetzt. Leider verkauft sich - so ganz aktuell in der WAZ Kommunalministerin Ina Scharrenbach - das Ruhrgebiet immer noch zu schlecht. Für zunächst drei Jahre sind zehn Millionen Euro für das Projekt „Metropole Ruhr - die Stadt der Städte“ eingeplant. Wir wollen national und international insbesondere für Investitionen und Arbeitsplätze am Wirtschaftsstandort Ruhr werben und dabei die Attraktivität unserer Region mit ihren beachtlichen harten und weichen Standortfaktoren herausstellen.*
- *Zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsförderungsaktivitäten wollen wir mit einer Flächen-Entwicklungsgesellschaft gemäß der Aufgabenstellung im RVR-Gesetz ein operatives Instrument schaffen, mit welchem wir in enger Zusammenarbeit mit den Standortkommunen Altstandorte, z. B. der Stahlindustrie, der Bahn oder von Kraftwerken, für neue gewerbliche Nutzungen reaktivieren wollen. Für die Finanzierung sollen projektbezogen vorhandene Fördertöpfe genutzt werden. Die Vorbereitungen sind weit gediehen und finden auch im NRW-Wirtschaftsministerium Unterstützung. Wenn es gelingt, erfolgreich Flächenrecycling zu betreiben, erspart dies die Inanspruchnahme von Freiraum.*
- *Der RVR ist mit Ruhr Grün schon jetzt der größte Wald- und Forstbesitzer in NRW. Die RAG will sich von 1.100 ha Wald im nördlichen Ruhrgebiet trennen, die den RVR-Besitz hervorragend arrondieren. Z. Zt. laufen die Kaufverhandlungen, die im Konsens mit dem Landesbetrieb Wald und Forst zeitnah abgeschlossen werden sollen. Für Freizeit, Naherholung und Klima wäre die Bewirtschaftung des Forstbestandes aus einer Hand ökologisch und ökonomisch ein Gewinn für die Region.*
- *Ebenfalls wird aktuell mit der RAG über die Übernahme von 22 Halden verhandelt. Drei Halden sind für die Nutzung als sogen. DK1-Deponien (Boden und Bauschutt) vorgesehen. Dies schafft nicht nur dringend*

benötigte Entsorgungskapazität, sondern dient auch der Finanzierung der Bewirtschaftungskosten des Haldenpaketes. Im bereits angesprochenen Regionalplan Ruhr muss übrigens Entsorgungskapazität nachgewiesen werden. Insofern bietet es sich an, bereits planungsrechtlich gesicherte Standorte, ggf. teilweise, weiter zu nutzen. Die Alternative ist die Neuausweisung von Deponieflächen im Freiraum. Wir müssen uns diesen Notwendigkeiten stellen, auch wenn dies, wie bei vielen anderen Infrastrukturprojekten, vor Ort zu kritischen Diskussionen führt. Im Übrigen werden für jede Halde gemeinsam mit den Standortkommunen Nutzungskonzepte entwickelt, bei denen Grün, Freizeit und Naherholung im Vordergrund stehen werden. Selbstverständlich bleiben die bergrechtlichen Verpflichtungen der RAG unberührt.

- *Der RVR hat sich erfolgreich um die Ausrichtung der Internationalen Gartenausstellung 2027 beworben. Die endgültige Entscheidung soll die Verbandsversammlung bis Mitte 2018 treffen. Entscheidungsgrundlage muss ein realistischer Kosten- und Finanzierungsplan sein. Z. Zt. werden Gespräche mit den zuständigen Landesministerien geführt. Schon jetzt ist Änderungsbedarf an den bisherigen Planungen erkennbar. Wir werden darauf achten, dass dieses Dekadenprojekt wirklich regional ausgerichtet ist und kein Übergewicht an einzelnen Standorten entsteht. Wichtig ist uns in Übereinstimmung mit Städtebauministerin Ina Scharrenbach, dass die IGA nachhaltig auf Zukunft gerichtet ist und sich weniger an alten Strukturen orientiert.*
- *Beim Thema Grün bleiben wir auch mit dem Projekt Revierpark 2020. Aus dem Fördertopf Grüne Infrastruktur sind im Dezember 2017 rund 28 Millionen Euro für die Modernisierung und Attraktivierung der in die Jahre gekommenen Revierparks (ohne Bäder) bewilligt. Die Grünanlagen Mattlerbusch in Duisburg, Vonderort in Oberhausen/Bottrop, Nienhausen in Gelsenkirchen/Essen, Gysenberg in Herne und Wischlingen in Dortmund werden in den nächsten zwei Jahren eine Auffrischung erhalten. Übrigens sind Gysenberg und Wischlingen erst auf unsere Initiative in das Programm gekommen. Wir werden kurzfristig zu entscheiden haben, welche Maßnahmen aus den Integrierten Handlungskonzepten (ursprünglich 58 Mio. Euro) realisiert werden. Abweichend von den gesellschaftsvertraglichen Regelungen trägt der RVR die Eigenleistung zu 100 %. Dies gilt nicht für die Folgekosten, an denen die Standortkommunen zu 50 bzw. 25 % beteiligt sind.*
- *Die Freizeitbäder sind in 2017 in einer neuen Gesellschaft zusammengefasst - mit Kemnade, noch ohne Gysenberg und Wischlingen. Im November hat der neue Geschäftsführer seine Arbeit begonnen. Im zweiten Halbjahr 2018 dürften erste Vorschläge für Veränderungen vorliegen. Erst dann dürfte sich abzeichnen, in welchem Umfang Einsparpotentiale erzielbar sind. Dass erheblicher Investitionsbedarf, der von allen Gesellschaftern finanziert werden muss, besteht, ist bekannt. Bislang ist nicht erkennbar, dass eins der Bäder grundsätzlich in Frage gestellt wird. Insofern ist davon auszugehen,*

dass auch weiterhin sowohl vom RVR als auch von den beteiligten Kommunen ein Betriebskostenzuschuss - wie bei den städtischen Bädern - geleistet werden muss.

- *Klarheit wollen wir erreichen bei der Realisierung der Radschnellwege RS 1 und RS 2. Zwar ist im vergangenen Jahr erreicht worden, dass das Land - vertreten durch Straßen NRW - jetzt für Finanzierung, Planung und Realisierung zuständig ist, gleichzeitig aber Teile in kommunale Zuständigkeit, z. B. in Essen, Bochum und Dortmund, fallen. Es gibt noch Klärungsbedarf bei der Trassenführung in innerstädtischen Bereichen. Wir haben einen Zeit- und Maßnahmenplan angefordert, der den aktuellen Planungsstand wiedergibt. Der RVR als Ideengeber und Initiator des Projektes sollte hier eine Koordinierungsfunktion wahrnehmen, aber in seiner Öffentlichkeitsarbeit das Projekt realistisch darstellen.*
- *Wichtigstes regionales Verkehrsprojekt dürfte der RRX sein, vom dem wir auf der West-Ost-Achse erhebliche Verbesserungen erwarten. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind dabei natürlich die Zubringerverkehre zu den einzelnen Haltepunkten aus Nord- und Südrichtung. Die Attraktivität dieser Anbindungen wird nicht unbedingt durch die Nahverkehrspläne der Kreise und kreisfreien Städte beleuchtet. Wir wollen dieses Problem zeitnah aus regionaler Sicht untersuchen lassen und haben dazu auch Einvernehmen in der RVR-Koalition erzielen können. Ziel ist, mögliche Defizite und Verbesserungsmöglichkeiten aufzuzeigen.*
- *Ministerpräsident Armin Laschet hat eine neue Ruhr-Konferenz - gemeinsam mit der Bundesregierung - angekündigt. Wir haben den RVR immer in der Rolle des politischen Sprachrohrs der Region gesehen. Insofern ist es selbstverständlich, dass wir uns auch als Fraktion in die Vorbereitungen mit unseren Möglichkeiten einbringen. Die kommunale Finanzausstattung wird eines der wichtigsten Themen sein. Die strukturellen Defizite werden aus den jüngsten Daten von Prof. Junkernheinrich deutlich: Während in den Ruhr-Städten die Soziallasten nur zu knapp 15 % durch Gewerbesteueraufkommen trotz höchster Hebesätze refinanziert werden, liegt die Quote in Düsseldorf und Münster und sogar im „ländlichen Raum“ der Nachbarkreise Coesfeld und Soest bei 45 %. Natürlich geht das zu Lasten der Investitionskraft der Städte in unserer Region. Die Forderung nach „Förderung nach objektivem Bedarf“ gilt nicht nur im Ost-West-Verhältnis, sie muss auch im Land beachtet werden.*
- *2020 wird der RVR als Rechtsnachfolger des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (SVR) und des Kommunalverbandes Ruhr (KVR) 100 Jahre alt. Dies wollen wir feiern. Ein Jubiläumsprogramm wird zurzeit erarbeitet. Natürlich geht es weniger um zentrale Veranstaltungen sondern auch hier um eine regionale Ausrichtung, in die alle Mitgliedskommunen eingebunden werden müssen. Ebenfalls 2020 wird die Verbandsversammlung, das Ruhrparlament, erstmals direkt gewählt.*

Insofern müssen und werden wir noch stärker als bisher unsere regionalpolitische Arbeit in die Öffentlichkeit tragen.

- *Aus dem Beteiligungsbereich verdient es die AGR besonders angesprochen zu werden. Die Gesellschaft stand bekanntlich nach den teuren Ausflügen als Global Player und dem Brochier-Abenteurer vor dem aus. Mehr als 200 Millionen Euro wurden verbrannt. Für die notwendigen Investitionen fanden sich kaum noch Finanzierungsquellen. Die AGR stand kurz vor dem Konkurs. Heute schüttet die AGR wieder jährlich 3 Millionen Euro an den RVR aus und wir können in zwei bis drei Jahren wieder eine Eigenkapitalquote von 30 % erreichen. Wir waren es, die auf die Rückbesinnung auf die Kernkompetenzen und das regionale Geschäft gedrängt haben. Dabei will ich die Verdienste von Joachim Ronge als Geschäftsführer nicht unerwähnt lassen.*

Liebe Freunde,

wir müssen uns mit unserer Arbeit nicht verstecken. Die angesprochenen Themen sind nur ein Auszug aus unserem Aufgabenkatalog. Die Bereiche Klima/Umwelt, Kultur, Tourismus und Geodaten erfordern ebenfalls unser Engagement. Bei der Größe unserer Fraktion, mit immerhin 50 Mitgliedern, der Vielfalt der Meinungen und Interessen ist es uns bislang gelungen, in den wichtigsten Fragen einen Konsens zu finden. Unser gemeinsames Engagement hat manches bewegt. Dafür ganz herzlichen Dank! Inzwischen stellen wir mit Markus Schlüter den stellvertretenden Regionaldirektor. In kurzer Zeit hat er als Kämmerer, als Beteiligungs- und Personaldezernent eine erstaunliche Akzeptanz innerhalb und außerhalb der RVR-Verwaltung erreicht.

Im neuen Jahr freue ich mich auf die neuen Aufgaben, die wir gemeinsam und hoffentlich erfolgreich angehen wollen.

Euch und Euren Familien wünsche ich für 2018 Gesundheit, Glück, Zufriedenheit und Gottes Segen, unserer gemeinsamen Arbeit nicht nur Erfolg sondern auch ein gutes, verständnisvolles Miteinander und dabei auch ein Stück Spaß und Freude.

Mit besten Grüßen


Roland Mitschke